

Claus Offe

Nachkommunistische Transformationsprobleme



Geboren 1940 in Berlin. 1959-65 Studium der Soziologie, Volkswirtschaft und Philosophie in Köln und an der Freien Universität Berlin, danach Assistent am Institut für Sozialforschung der Universität Frankfurt a. M. Promotion zum Dr. rer. pol. 1968. Nach zweijähriger Tätigkeit in Berkeley und Harvard von 1971-75 am Max-Planck-Institut in Starnberg. 1973 Habilitation in Konstanz. Zwischen 1975 und 1988 Professor für Politikwissenschaft und Soziologie an der Universität Bielefeld. Fellowships am Institute for Advanced Study in Princeton (1977/78), am Netherlands Institute for Advanced Study in Wassenaar (1982/83); Gastprofessur an der New School for Social Research in New York. Seit 1988 Professor für Politikwissenschaft und Sozialpolitik an der Universität Bremen. Veröffentlichungen u. a. *Leistungsprinzip und industrielle Arbeit* (1970); *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates: Aufsätze zur politischen Soziologie* (1972); *Arbeitsgesellschaft: Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven* (1984); *Contradictions of the Welfare State* (1984). — Adresse: Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen, Barkhof, Parkalle 39, 2800 Bremen 1.

Der Sinn des Privilegs, Wissenschaftler für ein Jahr am Wissenschaftskolleg arbeiten zu lassen, besteht vermutlich darin, daß sie die Chance haben sollen, dem Zeitdruck des akademischen Alltags zu entkommen. Das ist mir auch recht und schlecht gelungen. Womit ich jedoch weniger gerechnet hatte, ist die Tatsache, daß an die Stelle von Lehr- und Prüfungsverpflichtungen, Selbstverwaltungsaufgaben und den organisatorischen Routinen des heimischen Institutsbetriebs eine andere Art von drängenden Aktualitäten die Regie über mein Leben und Arbeiten übernehmen würde: die Aktualitäten des Berliner, des deutschen und des mittel- und osteuropäischen Zeitgeschehens, die mich (gerade auch wegen meines eigenen Mangels an geschichts- und sozialwissenschaftlichen Spezialkenntnissen auf dem Gebiet der Osteuropaforschung) in unwiderstehlicher Weise vom Pfad jener Studien abgebracht hatte, die ich mir „eigentlich“ für mein Ber-

liner Jahr vorgenommen hatte. Diese, so der Plan, sollten dem Zusammenhang von Demokratietheorie und Sozialpolitik gelten.

Zurückgekommen bin ich statt dessen mit dem größeren Teil eines Buchmanuskripts, das zu schreiben ich mich erst nach einigen Monaten meines Aufenthalts am Wissenschaftskolleg habe überreden lassen — übrigens nicht ohne Gewinn für jenes „eigentliche“ Thema, das ich mit zunehmend besser werdendem Gewissen habe liegen lassen.

Nicht nur die zeitliche Gegenwart, sondern zudem die räumliche Nähe der nachkommunistischen Transformationsanstrengung machten das Thema so attraktiv. Die beiden Hauptagenturen der deutschen Version dieser Anstrengung, in der Behrenstraße bzw. der Leipziger Straße gelegen, sind jeweils eine halbe Fahrradstunde vom Kolleg entfernt. Und wenn man die S-Bahn benutzt und mitgehörte Gesprächsfetzen auf sich wirken läßt, dann beschleicht den neugierigen Passagier der Gedanke, daß kaum ein einziger von den Sätzen, die da ausgetauscht werden, vor fünf Jahren genau so hätte lauten und sich um dieselben Themen hätte drehen können. Fast jede Lebensäußerung der Mitreisenden ist von den erstaunlichen Ereignissen des Jahres 1989 und ihren heutigen Folgen imprägniert. Keine Zeitungseite, kein Konzertprogramm, keine Werbetafel und keine Hausfassade hätte noch vor wenigen Jahren so aussehen können, wie sie heute aussehen — am wenigsten im Ostteil der Stadt.

Man kann in Berlin lernen, eine Stadt wie ein aufgeschlagenes Buch zu lesen und Dinge zu entdecken, die erst die neuen Verhältnisse sogar einem Besucher wahrzunehmen gestatten, der (wie ich) früher bereits acht Jahre seines Lebens in der Stadt verbracht hat. Weiter als bis ins Foyer der Humboldt-Universität hatte ich es dennoch nicht gebracht, bewegungsgehemmt von dem beklommenen Gefühl, unerwünscht, fehl am Platze zu sein und womöglich sich selbst und anderen Ärger zu bereiten. Die von den Agenturen des Kalten Krieges adressierte Timidität hat uns, so kann man in Berlin auch lernen, um einen Teil unseres Wahrnehmungsvermögens gebracht.

Wer aus dem Ausland ans Wissenschaftskolleg kommt, der oder die ist natürlich unbefangener. Vielleicht bewährt sich in Berlin die alte, wenn auch meines Wissens in keinem Methodenbuch zu findende Einsicht, daß Ausländer den besseren Blick für lokale Besonderheiten haben, jedenfalls die treffenderen Fragen stellen als die mit Betriebs- und Erfahrungsblindheit geschlagenen Ansässigen. Ein solcher Verdacht hat sich mir häufig im Gespräch mit amerikanischen, israelischen und ungarischen Mit-Fellows bestätigt. Jedenfalls hat er mich umgekehrt zur Beschäftigung mit vier Ländern ermutigt, mit denen mein Kontakt bis dahin bestenfalls oberflächlich (nämlich mit der Tschechoslowakei, Ungarn und Bulgarien) oder schlicht nicht-existent (wie im Falle der DDR) gewesen war.

Auf die Zukunft kann man einwirken, auf die Vergangenheit nicht. So einfach und zwingend diese Anwendung des Kausalgesetzes auch scheinen mag, so irreführend ist sie doch in zeitgeschichtlichen Angelegenheiten. Ob das Umgekehrte vielleicht sogar eher zutrifft? Speziell die deutsche Praxis der Nutzung des Strafrechts und des Stasi-Unterlagengesetzes (aber auch die tschechoslowakische Praxis des „Lustrationsgesetzes“) sind Beispiele für eine „Vergangenheitspolitik“, die aus heutig-interessierter Sicht eine neue Geschichte des alten Regimes zu kreieren bestrebt scheint.

Demokratien sind politische Systeme, in denen Verfassungsrecht gilt und in denen kollektive bindende Entscheidungen auf dem Wege einer vom Volk ausgehenden Willensbildung getroffen werden. Was aber, wenn sich eine vom Volke ausgehende Willensbildung auf die Verfassungsordnung selbst erstreckt? Können die Spieler während des Spiels über die Neufassung der Spielregeln entscheiden? Und was passiert, wenn — wie in den ethno-nationalistischen Konflikten und Bürgerkriegen Osteuropas — das Volk daran geht, einen Willen über die Frage zu bilden, wer dem Staatsvolk rechtens angehören soll — und wer nicht?

Kann man die Vergangenheit ungeschehen machen, indem man die Verfügungen des alten Regimes, z. B. die von ihm vorgenommenen Enteignungen, rückgängig macht und die verstaatlichten Produktionsmittel ihren alten Eignern (d. h. deren Erben) zurückgibt? Und weshalb sollte man es ausgerechnet beim Verlust von Eigentum tun, wo es doch beim Verlust von Freiheit, Gesundheit und „Lebensjahren“ ganz gewiß nichts rückgängig zu machen gibt? Und welche ökonomische Zukunft kann ein partiell und künstlich wiederbelebter *status quo ante* haben?

Kann man ein Parteiensystem „gründen“, statt, wie in den westlichen Demokratien, Parteien? Welcher „Partei“ gehören die Gründer eines Parteiensystems an, und wie kommen die Parteien eines solchen Systems an Mitglieder und Wähler?

Welche Art von Marktwirtschaft ist in den nachkommunistischen Gesellschaften im Entstehen begriffen, eher eine „soziale“ oder eher eine durchaus „wölfische“? Gibt es dort die politische Bereitschaft für die Zählung jener zerstörerischen Effekte, die eine unkontrollierte und zudem unterbeschäftigte Marktwirtschaft für arbeitende Menschen und Natur allemal hervorruft — und wenn es die politische Bereitschaft tatsächlich gibt, stehen auch die materiellen Ressourcen zur Verfügung, die eine solche Zählung benötigt? Könnte es sein, daß Osteuropa dabei ist, zum Hort der nationalen wie der sozialökonomischen „Rechten“ zu werden, der gegenüber jede westeuropäische Normalität „links“ verortet werden muß?

Könnte es schließlich sein, daß jene gewohnte westeuropäische Normalität dem alten Regime des Ostens weit mehr zu verdanken hat, als wir uns einstweilen eingestehen — nämlich eine gigantische „Normalitätsrente“,

deren Genuß es uns erlaubte, nicht nur ökonomisch, sondern dazu auch noch moralisch mit uns selbst vergleichsweise zufrieden zu sein? Auch die westlichen Demokratien haben ja, wie freilich erst heute erkennbar wird, eine Mauer: Nur dient sie nicht, wie die Berliner Mauer, dazu, Inländern aus politischen Gründen kategorial den Weg nach außen zu versperren, sondern Ausländern aus ökonomischen Gründen und selektiv den Weg nach innen.

Das vergleichende Studium solcher Fragen hat mich in meinem Berliner Jahr am Wissenschaftskolleg beschäftigt. Kein anderer Ort, kein anderer Zeitpunkt und auch kein anderer sozialer Kontext hätte dafür anregender sein können.